

# Das GRÜNE in der Bürgerschaft

**Aus dem Landtag vom 21. Mai 2014**

Zur Übersicht und zu den Dokumenten: <http://gruenlink.de/rcw>

## **Bremen für junge Leute attraktiv halten – Förderung von Studierendenwohnraum**

Für sehr viele StudienanfängerInnen gestaltet sich in Deutschland die Wohnungssuche schwierig: Angemessener und bezahlbarer Wohnraum ist knapp, die Wartelisten der Studentenwerke für einen Wohnheimplatz sind lang. Deshalb fordert ein heute beschlossener Koalitionsantrag Maßnahmen zur Förderung von Studierendenwohnraum.



Carsten Werner, bau- und stadtentwicklungspolitischer Sprecher, erläutert den Antrag: Den Druck auf dem Wohnungsmarkt und bei den Mietpreisen spüren natürlich die am empfindlichsten, die einen großen Teil ihres verfügbaren Geldes für Miete und Nebenkosten ausgeben müssen. Deshalb versuchen wir, die

Stadtentwicklung so zu gestalten, dass überall da, wo StudentInnen wohnen WOLLEN, sie auch wohnen KÖNNEN sollen: In der direkten Nähe der Uni, aber auch in beliebten Stadtteilen wie der Neustadt, in Findorff, Walle und Horn, im Viertel und in der City für die, die da die Möglichkeiten der Naherholung, der Freizeitgestaltung, der Nachbarschaften oder des Kulturangebots schätzen, und in Studentenwohnheimen für die, die gerne gemeinschaftlich wohnen – und in denen vor allem auch NeubürgerInnen unter den Studierenden erstmal in Bremen ankommen und sich von dort aus orientieren können.

Studierende sind ja auch als junge BürgerInnen an sich schon ein Gewinn für Bremen und Bremerhaven – junge Menschen, die sich ins Stadtleben einbringen, die vielleicht später auch in Bremen bleiben mögen, die hier vielleicht Familien gründen. Deshalb ist uns neben dem Bau von Studierendenwohnheimen genau so wichtig, dass wir mehr Wohnungsangebote im niedrigen und mittleren Preissegment schaffen – und dass individuelle Angebote in allen Facetten des Bauens und Wohnens auch für junge Menschen entstehen, entwickelt und vermittelt werden.

## **Wissenschaft braucht mehr Transparenz**

Von dritter Seite finanzierte Forschungsprojekte an den öffentlichen Hochschulen und Universitäten sind einerseits wünschenswert – nicht nur wegen der eingeworbenen Mittel, sondern auch wegen des Wissenstransfers. Andererseits muss darauf geachtet werden, dass Forschung und Lehre frei bleiben und Unternehmen keinen Einfluss darauf nehmen. Zugleich muss aber auch öffentlich gemacht werden, welche Forschungsprojekte von wem in Auftrag gegeben werden, denn selbst Drittmittelprojekte nutzen die Infrastruktur der Universitäten und Hochschulen, und die sind mit öffentlichen Geldern finanziert. Über die Verwendung öffent-



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)

licher Mittel muss frei zugänglich Transparenz hergestellt werden, inzwischen ein offenkundiges Gebot unserer Demokratie.



Die Wissenschaftspolitikerin Silvia Schön initiierte einen heute beschlossenen Antrag, der diese Transparenz fordert. Mit ausgelöst hatte dies auch ein öffentlich gewordenes Forschungsprojekt, das vom US-amerikanischen Verteidigungsministerium (Pentagon) finanziert wurde, wozu Silvia Schön bereits

eine Kleine Anfrage an den Senat gerichtet hatte. Für Schön ist es nötig, im Bremischen Hochschulgesetz und den dazugehörigen Verordnungen weitgehende Transparenzregelungen festzuschreiben. Das ist komplizierte Rechtsmaterie und eingehend zu prüfen. Bei Veröffentlichungsverpflichtungen muss das Interesse der Öffentlichkeit an Transparenz mit den Grundrechtsgütern Freiheit der Wissenschaft, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse sowie die Wettbewerbs- und Vertragsfreiheit ausbalanciert werden. Dies soll im Rahmen des anstehenden Entwurfs der Novellierung des Bremischen Hochschulgesetzes geschehen.

## Freihandelsabkommen TTIP: Kein Handel auf unsere Kosten!

Das derzeit zwischen der Europäischen Union und den USA verhandelte Transatlantische Freihandelsabkommen TTIP soll für diesen riesigen Wirtschaftsraum mit dem Abbau von Zöllen, dem Zugang zu Beschaffungsmärkten und durch Liberalisierungen beim Dienstleistungshandel und bei Investitionen das Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze fördern. Dazu gehört auch der Umgang mit unterschiedlichen staatlichen Regelungen, die als Handelshemmnis gesehen werden, sowie der Investorenschutz mit einem „Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren“. Insbesondere die beiden letzten Punkte rufen starken Widerstand gegen das Abkommen hervor: Befürchtet werden Veränderungen zum Schlechten, wie die Öffnung unserer Märkte für beispielsweise Genmais, Hormonfleisch oder "Chlorhühnchen". Das Investor-Staat-Streitschlichtungsverfahren droht, die staatliche Handlungsfreiheit in der Gesetzgebung zu gefährden.



Hermann Kuhn, europapolitischer Sprecher, hat einen heute beschlossenen Koalitionsantrag entwickelt, der die Erwartung beinhaltet, dass die Verhandlungsergebnisse dem Bundestag wie auch dem Bundesrat zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Vor allem jedoch wird betont, dass ein Rückfall hinter die

hohen EU-Standards in den Bereichen Soziales, Umwelt-, Natur- und Tierschutz, Verbraucher-, Lebensmittel- und Gesundheitsschutz nicht hingenommen werden darf und die demokratiebedrohenden Streitschlichtungsverfahren nicht akzeptiert werden.

Kuhn versichert, dass es bei dieser Diskussion nicht um Europa gegen die USA geht. Es geht darum, dass wir die Standards, die wir hier mit der Gestaltung des europäischen Binnenmarkts gewonnen haben, nicht wieder verlieren. Und hier sind wir uns mit den Umweltschützern in den USA einig, wie die Gewerkschaften auf beiden Seiten des Meeres sich einig sind, die sozialen Rechte auf beiden Seiten zu verbessern.



## Selbstbestimmt älter werden im Quartier: Seniorengenossenschaften

Mit zunehmendem Alter sind Menschen häufig nicht mehr in der Lage, ihren Alltag ohne Unterstützung zu bewältigen – sei es die Hausarbeit, der Einkauf oder Behördengänge. Wer über genügend Geld verfügt, kann Hilfsleistungen bezahlen, aber es gibt seit über zwanzig Jahren eine Form der gegenseitigen Unterstützung: die sogenannten Seniorengenossenschaften. Wer in diesen Selbsthilfevereinigungen Mitglied ist, kann selbst anderen helfen. Dafür wird entweder Geld gezahlt oder die Leistungen werden einem Stundenkonto gutgeschrieben. Wer dann später selbst Hilfe benötigt, kann aus diesem Konto Unterstützung in Anspruch nehmen. Heute wurde über eine Große Anfrage zu dem Thema debattiert.



Dirk Schmidtmann, altenpolitischer Sprecher, der die Große Anfrage entworfen hatte, wollte damit dazu beitragen, dass sich auch in Bremen Selbsthilfegruppen finden und gründen, um den Lebensabend selbst zu organisieren. Schmidtmann hebt ein Beispiel aus Bielefeld, die „Freie Scholle“ hervor, die

die Bremer Sozialdeputierten besichtigt hatten – ein Vorzeigemodell für den Umgang mit SeniorInnen. Die „Freie Scholle“ bietet ihren älteren GenossInnen nicht nur barrierearme und barrierefreie Wohnungen in ihrem Umfeld an, sondern auch einen bunten Strauß an Angeboten bereithält: zum Beispiel ambulante Pflegedienste im Quartier mit kurzen Wegen, haushaltsnahe Dienstleistungen wie Putz- und Kochhilfen, Quartierstreffpunkt in den Wohnanlagen, Wohnungen und Zimmer für BesucherInnen usw. Die Bedingungen für Seniorengenossenschaften sieht Dirk Schmidtmann in Bremen gegeben und wünscht sich Aktive, die den Mut aufbringen, eine Seniorengenossenschaft zu starten.

## Psychiatrische Versorgung bei geistiger Behinderung

Psychische Erkrankungen können heutzutage besser erkannt und behandelt werden. Die Situation von geistig Behinderten sieht allerdings anders aus, denn bei ihnen wird aufgrund ihrer ungewöhnlichen Äußerungsformen zu oft eine seelische Erkrankung nicht erkannt. Dabei hat auch seelische Gesundheit wesentlichen Einfluss auf die Lebensqualität. Mit einem Antrag hat die Koalition diese nicht zufriedenstellende Lage aufgegriffen, um gemeinsam mit den im Gesundheitswesen beteiligten Organisationen zu Verbesserungen zu kommen.



Die gesundheitspolitische Sprecherin Kirsten Kappert-Gonther legt bei der Versorgung geistig behinderter psychisch Kranker Wert darauf, dass sie genauso wie andere psychisch Kranke mit einer spezifischen Besonderheit innerhalb der ganz normalen Regelversorgung gut und individuell behandelt werden. Die ersten

AnsprechpartnerInnen müssen also innerhalb der ganz normalen medizinischen und therapeutischen Landschaft zur Verfügung stehen. Denn eine Etablierung von Parallelsystemen schadet immer den Menschen, um die sich die Regelversorgung dann vermeintlich nicht mehr kümmern muss. Das allgemeine Gesundheitssystem muss auf alle Bevölkerungsgruppen ausgerichtet sein.



Fraktion  
Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der  
Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20 • 28195 Bremen

Tel.: 0421/3011-0  
Fax: 3011-250

[fraktion@gruene-bremen.de](mailto:fraktion@gruene-bremen.de)  
[www.gruene-fraktion-bremen.de](http://www.gruene-fraktion-bremen.de)